



Ansgar Kuschel

Sicherung der Daseinsvorsorge durch Kooperationen

Das Beispiel Prignitz-Oberhavel in Brandenburg



Prignitz-Oberhavel – für Menschen außerhalb der Region Berlin und Brandenburg (vielleicht sogar für Menschen außerhalb des nördlichen Bereiches dieser zwei Bundesländer) ist dieses Begriffspaar wahrscheinlich eher eine Unbekannte. Auch Menschen, die zum ersten Mal mit Prignitz-Oberhavel Kontakt aufnehmen möchten, können noch erhebliche Schwierigkeiten haben. Der bisher schönste „Verschreiber“ in der Anrede: „Sehr geehrte Damen und Herren in Oberprignitz-Osthavel ...“. Oberprignitz-Osthavel – das stellt selbst für die Eingeweihten unter uns eine Unbekannte dar!

Prignitz-Oberhavel ist eine von insgesamt fünf Planungsregionen in Brandenburg. Üblicherweise lassen sich solche Räume durch geografische Angaben, durch Flächengrößen und Einwohnerzahlen, durch statistische Kennziffern oder aber auch durch die Nennung von Ortsnamen beschreiben. Die Region Prignitz-Oberhavel hat eine ganze Menge an Orten und Ortsnamen zu bieten. Darunter sind die prominenteren Namen, wie Oranienburg, Neuruppin und Perleberg. Die Namen mit einem Industrieklang, wie Hennigsdorf, Velten oder Wittenberge oder auch die witzigeren Namen wie Kuhbier, Muggerkuhl und Wilhelmsgrille. Einigen Orten könnte man eine prophetische Namensgebung unterstellen: auch Verlorenort und Mangelshorst sind Teile von Prignitz-Oberhavel.

Die letzten beiden Gruppen von Orten haben meistens eine Gemeinsamkeit: Es sind kleine Orte mit wenigen Einwohnern. In der Regel sind keine der vertrauten Versorgungseinrichtungen mehr vorhanden. Die Zeiten des Bürgermeisterbüros, des Dorfkonzums und der Poststelle, der Schule und des Kindergartens sind für viele längst Vergangenheit. Oft gab es noch über längere Zeit die Dorfgaststätte, doch auch deren Besuch wird einem nun durch verschlossene Türen und einen leeren Aushangkasten verwehrt. Besucher dieser Orte, zumal städtische, würden wahrscheinlich öfter die Namen „Verlorenort und Mangelshorst“ vergeben.

In einer ersten regionalen Bestandsaufnahme zu Beginn der neunziger Jahre konnten noch viele Einrichtungen registriert werden. Es gab auch in kleineren Orten noch die Amtsstube mit dem schon etwas veralteten Türschild „Rat der Gemeinde“ und den privatisierten Dorfkonzum. Das Ergebnis einer Bestandsaufnahme aus dem Jahr 2009 war ernüchternd. Einzelhandelseinrichtungen konnten überhaupt nur noch in



Abb. 1: Witziger Ortsname oder prophetische Bezeichnung?

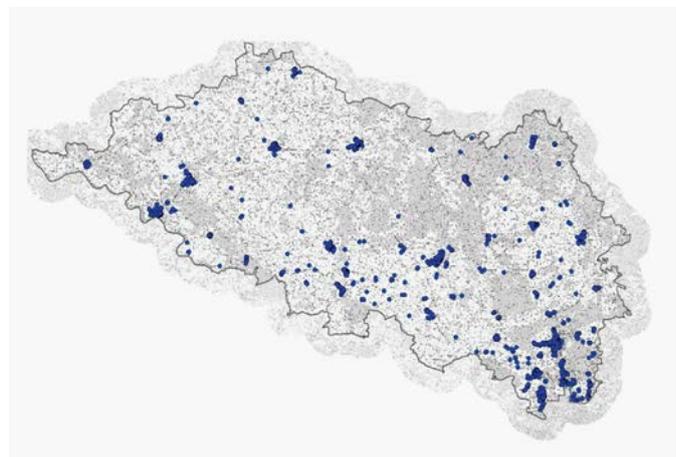


Abb. 2: Einrichtungen des Einzelhandels in Prignitz-Oberhavel 2009



etwa 130 von insgesamt über 600 Orten ermittelt werden. Eine Kombination aus Handels-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen bestand nur noch in 27 Orten.

Nüchterne Zahlen mit ernstem Hintergrund

In den Jahren 1999 bis 2012 hatte der Landkreis Oberhavel ein Bevölkerungswachstum von ca. 17.900 Einwohnern, der Landkreis Prignitz einen Einwohnerrückgang um ca. 17.200 Personen. Was sich bilanziell nahezu ausgleichen würde, stellt regional ein großes Ungleichgewicht dar. Sowohl das Wachstum als auch das Schrumpfen sind eine Herausforderung für die Organisation der Lebensbedingungen in den jeweiligen Orten. Der Ausbau von Kinder- und Schuleinrichtungen findet gleichzeitig mit der Schließung dieser Infrastrukturen an anderen Orten statt.

Aber selbst die Zahlen zur Einwohnerentwicklung der einzelnen Gemeinden geben nur unzureichend Auskunft über die notwendigen Anpassungsanforderungen. Bei einer genaueren Analyse ist auch Wachstum in Schrumpfungprozessen festzustellen. In 66 von 68 Gemeinden ist im Zeitraum seit 1990 die Altersgruppe der Menschen über 65 Jahren gewachsen. Selbst in Gemeinden mit einem starken Bevölkerungsrückgang von mehr als 20% hatte diese Altersgruppe einen nominalen Zuwachs. Teilweise hat sie um mehr als 50% zugenommen. Und es ist insbesondere die Gruppe der über 80-Jährigen, welche besondere Anforderungen an Mobilität und Versorgung hat.

Die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie der gesicherte Zugang und die angemessene Erreichbarkeit von Angeboten der Grundversorgung beschreiben die planerischen Ziele. Entfernungen von 25 Kilometern zur Schule oder zum nächsten Krankenhaus definieren einzelne Realitäten in der Region. Bei Einwohnergrößen, die sich überwiegend unterhalb der Zahl von 10.000 Einwohnern bewegen (55 von 68 Gemeinden) und die bei einer Gruppe von kleinen Gemeinden auch unterhalb von 1.000 Einwohnern liegen (26 von 68), wird deutlich, dass besondere, spezialisierte und in der Regel kostenintensivere Infrastrukturen nur eingeschränkt vorgehalten werden können. Die schwierige Frage lautet: Wie können

lebenswerte und angemessene Versorgungsbedingungen in der Region hergestellt werden?

Planungsideen und „falsche“ Zeitfenster

Im Rahmen des Entwurfes zum Regionalplan Prignitz-Oberhavel wurden bereits Ende der neunziger Jahre „gemeinsame Handlungsräume“ vorgeschlagen und planerisch dargestellt. Jeweils eine Gruppe von mehreren benachbarten Gemeinden sollte so einen Handlungsraum bilden und durch gemeinsame, abgestimmte Aktivitäten eine hohe Planungs- und Infrastrukturqualität sichern. Die Grundidee war einfach: Gemeinsam sind einzelne Kommunen stärker und können eine Präsenz sowie Leistungen erbringen, zu der sie als Solitär kaum in der Lage wären.

Dieser Planungsvorschlag wurde teilweise „zerrissen“ und die Regionalplaner mussten in Gesprächen den Vorschlag erklären und rechtfertigen. Der Vorwurf lautete überwiegend, dass die Handlungsräume die kommunale Selbstständigkeit nicht berücksichtigen bzw. diese konterkarieren würden. Im Vorfeld einer anstehenden Gebietsreform wurden die Handlungsräume als Vorschlag für „neue Gemeinden“ missverstanden und als Angriff gegenüber der Selbstverwaltung gewertet. Der Entwurf wurde zwar aus anderen Gründen zurückgezogen, einen positiven Einfluss auf die interkommunale Zusammenarbeit hatte er zu diesem Zeitpunkt aber auf jeden Fall nicht.

Leitbildprozess und kooperative Erfolge

Sieben Jahre später verabschiedet die Regionalversammlung einstimmig das neue Leitbild „Zukunft mit Kooperation“. Zentrale Aussagen lauten:

Wir sind...

- eine Region, die sich ihrer Identitäten, Potenziale und Herausforderungen bewusst ist und sich gemeinsam auf den Weg gemacht hat, diese Potenziale innerhalb von starken Nachbarschaften kooperativ, innovativ und effektiv zu nutzen.
- [...]

	1999	2002	2005	2008	2011
Bevölkerung insgesamt	398.754	399.320	396.575	392.421	387.301
Veränderung in % ggü. 1999		0,15	-0,55	-1,59	-2,87
Bev. in der Altersgruppe über 65 Jahre	60.801	69.032	78.988	86.159	86.263
Veränderung in % ggü. 1999		13,54	29,91	41,71	41,88

Tab. 1: Einwohnerentwicklung insgesamt und Entwicklung der Altersgruppe über 65 Jahre



Wir wollen...

- die Eigenständigkeit der Kooperationspartner wahren und insbesondere innovative und effektive Formen der Zusammenarbeit unterstützen.
- [...]

Wir werden...

- für die Region insbesondere die Themenfelder Wirtschaft, Tourismus, Daseinsvorsorge und Infrastruktur vertiefen, nach innovativen Lösungen suchen und deren Umsetzung unterstützen.
- [...]

Bereits während des umfangreichen Arbeits- und Kommunikationsprozesses zum neuen Leitbild hatte die Planungsregion zwei Arbeitsforen gegründet und etabliert: das Arbeitsforum „Regionale Wachstumskerne“ sowie das Arbeitsforum „Kooperative Zentren“. Beide Foren verfolgten die Zielstellung, durch gemeinsame Aktivitäten die Landesregierung von regionalen Strategien und Inhalten zu überzeugen. Beide Arbeitsforen reagierten auf vorliegende Entwurfsideen des Landes, die für die Region verändert werden sollten. Beide Foren konnten schnell Erfolge oder zumindest Teilerfolge erzielen. Ein weiterer Regionaler Wachstumskern fand Anerkennung durch die Landesregierung, alle Kooperativen Zentren fanden Eingang in die neue Landesplanung.

Warum war zu diesem Zeitpunkt vieles möglich, was ein paar Jahre zuvor noch auf Widerstand und Ablehnung stieß? Es existierten andere Rahmenbedingungen. Die Gemeindegebietsreform war abgeschlossen und die Einstufung als „Regionaler Wachstumskern“ oder als „Mittelzentrum“ war davon abhängig, dass sich „die Kandidaten“ als trag- und handlungsfähige Schwerpunkttore darstellen konnten. Viele Kommunen konnten die geforderten Richtwerte an Einwohnern und Infrastrukturen allein nicht abbilden. In der Gruppe der „starken Nachbarn“ war dies möglich. Durch den Abschluss von etlichen Kooperationsverträgen signalisierten die jeweiligen Partner dem Land, dass die eingegangenen Kooperationen ernst genommen werden und auf eine nachhaltige Entwicklung der Teilräume ausgerichtet sind.

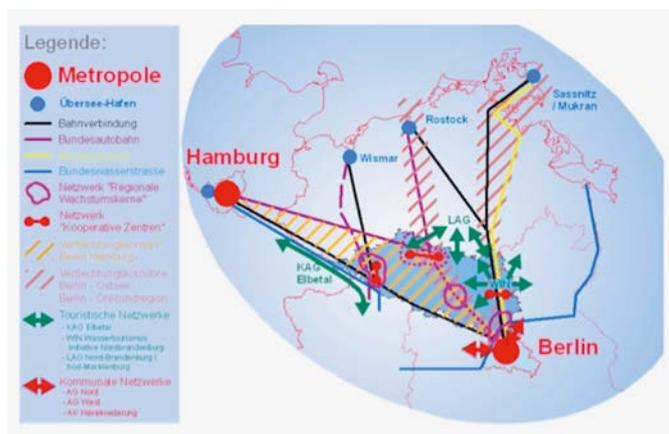


Abb. 3: Leitbildkarte „Kooperation“



Abb. 4: Auch bei Kooperationen: Wissen, woher der Wind weht... (Foto: Metscher)



Erfahrungen, Grenzen und Bewährungsproben

Die Gründung einer regionalen Entwicklungsgesellschaft, gemeinsame Kulturveranstaltungen, die Teilnahme an Bundeswettbewerben und Europaprojekten, die Begleitung und Umsetzung von innovativen Projekten, wie z.B. dem ersten Bürgerbus in Brandenburg oder einem Büro für Fachkräftesicherung, die intensive Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen, die Etablierung einer neuen Bildungslandschaft für Auszubildende und Studierende sowie die Personalstelle für eine Klimaschutzmanagerin zählen bereits zum Erfahrungshorizont der regionalen Kooperationen.

Aber die Zusammenarbeit hat auch deutliche Grenzen aufgezeigt, nämlich dort, wo ein von allen getragenes Verständnis für die regionale Entwicklung fehlt, dort wo die Partner sich nicht auf ein gemeinsames Finanzierungskonzept einigen können, dort wo Fragen der Standortkonkurrenz im Vordergrund stehen, kann die Sammlung von Einzelideen und -aktivitäten nicht die fehlende Basis für Kooperationen ersetzen.

Grundsätzlich ist es allen kommunalen Partnern bisher nicht möglich, eine vorausschauende Planung und negative Anpas-

sung an zukünftige, prognostizierte Bevölkerungsentwicklungen vorzunehmen. Es ist nicht mehr die früher oft geäußerte Hoffnung, dass ein allgemeiner Trend nicht auf die eigene Gemeinde zutreffen würde. Es ist die schmerzhafteste Erfahrung, welche das Schließen von Einrichtungen hervorgerufen hat und noch hervorruft. Insbesondere die Schulen gelten als ein kultureller und sozialer Mittelpunkt vieler kleiner Orte. Sie „planerisch aufzugeben“ kommt vielen Verantwortlichen einer „Amputation“ gleich.

Die Kooperationen werden sich also auch zukünftigen Herausforderungen stellen müssen. Die Prognosen sagen für den Zeitraum ab 2020 wieder einen stärkeren Rückgang der Bevölkerung in Prignitz-Oberhavel voraus. Und die Landesregierung wird sich in der neuen Legislaturperiode voraussichtlich mit einer neuen Struktur- und Gemeindereform befassen ...!

Ansgar Kuschel

Dipl.-Ing. der Stadt- und Regionalplanung,
seit 1994 Regionalplaner für die Region Prignitz-Oberhavel,
seit 2005 Leiter der Regionalen Planungsstelle
in Neuruppin

Auszeichnungswettbewerb „10 Jahre Stadtumbau in Nordrhein-Westfalen“

Erfolgreiche Quartierserneuerung im Rahmen von Stadtumbau West und Wohnraumförderung

Ziel des Auszeichnungswettbewerbs ist es, vorbildliche Projekte und Maßnahmen des nordrhein-westfälischen Stadtumbaus zu würdigen, zu dokumentieren und im Rahmen der am 25./26. September 2014 stattfindenden Tagung „10 Jahre Stadtumbau in Nordrhein-Westfalen“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Teilnahmebedingungen

Als Kommune, Wohnungsunternehmen oder Projektträger haben Sie sich aktiv in den nordrhein-westfälischen Stadtumbau eingebracht? Dann bewerben Sie sich! Teilnahmeberechtigt sind Städte und Gemeinden, Unternehmen, Verbände, Vereine, Stiftungen sowie Initiativen, deren Aktivitäten im Zusammenhang mit einem Fördergebiet des Stadtumbau West oder einer wohnungswirtschaftlichen Maßnahme des Stadtumbaus in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden.

Beurteilungskriterien

Lassen Sie Ihre Aktivitäten auszeichnen! Prämiiert werden die jeweils besten Projekte und Maßnahmen in den drei Kategorien Brachen, Zentren oder Wohnen. Darüber hinaus vergeben wir unter allen Wettbewerbsteilnehmern vier Sonderauszeichnungen in den Themenfeldern Partizipation, Umgang mit Schrottimmobilien, klimagerechte

Stadtentwicklung sowie konzeptionelle Einbindung. Die Beiträge werden nach den folgenden Kriterien beurteilt:

- Aktivierung und Beteiligung von Bürgern
- Aktivierung und Beteiligung von Eigentümern
- Mittelbündelung
- wirtschaftliche Tragfähigkeit
- städtebauliche Qualität
- ökologische Nachhaltigkeit
- Generationengerechtigkeit
- Innovationsgehalt
- Beitrag zur integrierten Quartiersentwicklung
- Kooperation mit Dritten

Bewerbungsschluss: 31. März 2014

Weitere Informationen:

stadtraumkonzept.de/stadtumbau

Rückfragen:

StadtRaumKonzept GmbH, Alexander Sbosny
Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund
Fon: 0231/5323-446, Fax: 0231/5323-445
Mail: sbosny@stadtraumkonzept.de